

Ja zum Gesundheitsstandort Bernau

Das war das Ergebnis einer öffentlichen Sitzung, zu der die Fraktion DIE LINKE ins Seniorenzentrum „Regine Hildebrandt“ in Bernau eingeladen hatte.

Fraktionsvorsitzende Dr. Dagmar Enkelmann begrüßte zahlreiche Vertreter von Gesundheits- und Sozialeinrichtungen sowie interessierte Bürgerinnen und Bürger, unter ihnen die Vorsitzende des Heimbeirates des Seniorenzentrums Gerda Kosmehl.

Sie hob hervor, dass es in Bernau über die Region hinaus anerkannte Gesundheitseinrichtungen gäbe, wie z.B. das Evangelisch-Freikirchliches Krankenhaus und Herzzentrum Brandenburg in Bernau bei Berlin, die Brandenburg-Klinik mit vielfältigen Rehabilitationsangeboten sowie die Hoffnungstaler Anstalten Lobetal. Diese hätten eine lange und anerkannte Tradition und gehörten heute zu den größten Sozialeinrichtungen des Landes Brandenburg in der Alten- und Behindertenpflege. Sie sind darüber hinaus anerkannte Ausbildungszentren für pflegerische Berufe.

Die Kliniken sowie die zahlreichen Arzt- und Therapiepraxen in Bernau leisten viel, um Bewohnerinnen und Bewohner der Region gesundheitlich zu versorgen.

Doch schnell wurde in der Debatte klar, dass es auch Lücken in der ärztlichen Versorgung besonders in den Ortsteilen gibt, dass noch nicht alle Einrichtungen im Sinne der Patienten miteinander kooperieren.

Konzepte auch umsetzen

Bereits im Wirtschaftsförderkonzept der Stadt Bernau von 2002 wurde ein Leitkonzept für den Branchenschwerpunkt Gesundheit empfohlen. Als Aufgaben der Stadt Bernau im Rahmen dieses Konzeptes wurde vorgeschlagen, die Kooperation mit den Städten der Gesundheitsregion von Buch bis Eberswalde zu suchen, das medizinische Angebot zu bündeln, zu sichern und weiter zu entwickeln.

Doch seither sei substantiell wenig passiert, resümierte Grit Krömer, Co-Autorin des von der Stadt in Auftrag gegebenen neuen Wirtschaftsförderkonzeptes der Stadt Bernau.

Unstrittig sei, dass sich viele in Bernau für ein umfassendes Angebot medizinischer und sozialer Versorgung engagieren. Es gibt einen Arbeitskreis Gesundheit, vom Bürgermeister geleitet, ein Netzwerk für Gesundheit und Kommunikation, das regelmäßig gesundheitliche Bildungsveranstaltungen und die gut besuchten Bernauer Gesundheitstage organisiert, wie Dr. Hübner berichtete.

Doch es fehle eine nachhaltige, konzentrierte Strategie und die ressortübergreifende Ausschöpfung des Leistungsvermögens aller Partner.

Dies sei nicht neu, so Dr. Dagmar Enkelmann. Man könne sich nicht länger auf den Lorbeeren der Vergangenheit ausruhen, die Stadt müsse vorausschauend nachhaltige politische Konzepte auch im Gesundheitsbereich entwickeln und verfolgen, mahnte sie den anwesenden Bürgermeister Handke.

## Strategie und Kooperation erforderlich

Dies sah auch Bernd Grieger, ehemaliger Geschäftsführer der Brandenburger AOK und sachkundiger Einwohner der Fraktion die LINKE als soziales Erfordernis an, um die Herausforderungen einer alternden Gesellschaft zu bewältigen.

Im Bündnis mit zugelassenen Ärzten oder Kliniken, spricht er den Bürgermeister direkt an, könne man auch ein integriertes medizinisches Versorgungszentrum schaffen, das die Arztbesuche für Patienten erleichtere und darüber hinaus eine effiziente medizinische Versorgung gewährleisten könne.

Frau Krömer von ProProjekt Berlin empfiehlt der Stadtverwaltung ein schlüssiges Konzept mit konkreten Zielvorstellungen zum Ausbau des Gesundheitsstandortes Bernau durch Zusammenführung aller Partner in einem Netzwerk.

Dazu gehöre die Erfassung des Bestandes an Gesundheitseinrichtungen – bisher gebe es das in der Stadt nicht - eine Analyse der Stärken und Schwächen, die angestrebte Prognose, die konkrete Planung und Realisierung der Maßnahmen und Projekte. Sie empfahl darüber hinaus Potentiale im Gesundheitstourismus und von Sport- und Freizeitanlagen zu integrieren.

## Gesunde Stadt braucht Förderung

„Auf die Ansiedlung von Unternehmen und Einrichtungen verwandter Branchen wie Medizintechnik, Biotechnologie und relevanter Dienstleistungen muss man nicht warten, sondern man muss sie zielgerichtet werben“, forderte Dr. Jacobs in der Debatte. Bernau biete dafür, wenn man die ansässigen Klinkunternehmen als Partner gewinnt, gute Voraussetzungen.

Ein Gesundheitsstandort bedeute für ihn mehr als die Sicherung der medizinischen Grundversorgung, so Lutz Kupitz (DIE LINKE), Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses im Kreistag Barnim. „Eine gesunde Stadt bietet Arbeitsplätze und Einkommen, sie ist eine soziale Stadt, in der sich alle wohlfühlen“, ergänzt er. Dafür brauche man eine Strategie, Initiatoren und handelnde Akteure. Diese zusammenzuführen und auf das gemeinsame Ziel zu fokussieren, sei Aufgabe der Wirtschaftsförderung der Stadt.